

**SILVIA STEINER** – Die Präsidentin der Erziehungsdirektorenkonferenz EDK begrüsst die bewährte Verbundpartnerschaft zwischen Bund, Kantonen und den OdA und setzt sich für den LP 21 ein.

# Ausbau der Berufsmaturität

**Schweizerische Gewerbezeitung:** Sie sind seit 1. Januar 2017 Präsidentin der Schweiz. Konferenz der kant. Erziehungsdirektoren. Was bedeutet Ihnen dieses Amt?

■ **Silvia Steiner:** Ich habe mich sehr gefreut, dass meine Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Kantonen mir das Vertrauen geschenkt haben und mich zu ihrer Präsidentin gewählt haben. Für mich ist eine gute Zusammenarbeit der Kantone in Bildungsfragen Voraussetzung für einen starken Bildungsföderalismus. In der EDK leisten die Kantone diese Zusammenarbeit. Hier finden sie gemeinsame Lösungen für wichtige Fragen. Als Präsidentin habe ich diese Arbeit in erster Linie zu moderieren, im Interessengefüge der Kantone zu vermitteln und die gemeinsam erarbeiteten Positionen nach aussen – etwa gegenüber dem Bund – zu vertreten.

**Können Sie bereits eine erste Bilanz ziehen?**

■ Ich bin erst seit Mitte Januar im neuen Amt. Ich bin gut gestartet und ich habe Freude an dieser Aufgabe.

## «FÜR MICH IST EINE GUTE ZUSAMMENARBEIT DER KANTONE IN BILDUNGSFRAGEN VORAUSSETZUNG FÜR EINEN STARKEN BILDUNGSFÖDERALISMUS.»

**Der Lehrplan 21 ist ein Projekt, das auch der Schweizerische Gewerbeverband sgV befürwortet. Kann die Harmonisierung wirklich umgesetzt werden?**

■ Die Harmonisierung wichtiger Strukturen und Ziele der obligatorischen Schule ist in der Schweiz schon weit fortgeschritten. Das hat eine Bilanz gezeigt, die wir 2015 gezogen haben und 2019 wiederholen werden. Die von den Sprachregionen erarbeiteten Lehrpläne tragen wesentlich zur Zielharmonisierung bei. Der «Plan d'études romand» ist in der Westschweiz seit 2014 eingeführt. Der Kanton Tessin führt aktuell den «Piano di studio» ein. Mit dem Lehrplan 21 leisten die Deutschschweizer Kantone ihrerseits einen wichtigen Beitrag zur Harmonisierung der Bildungsziele und ich freue mich über die Unterstützung des Gewerbeverbandes sgV für diesen Lehrplan. Alle sprachregionalen Lehrpläne basieren



Fühlt sich in ihrem neuen Amt wohl: Als Präsidentin der Schweiz. Konferenz der kant. Erziehungsdirektoren EDK will Silvia Steiner sich für einen starken Bildungsföderalismus einsetzen und gemeinsam mit den Kantonen Lösungen für wichtige Fragen finden.

BILD: ZVG

auf den nationalen Bildungszielen, die 2011 von der EDK erlassen worden sind. Diese beinhalten die Schulsprache, eine zweite Landessprache, aber auch Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften.

**Wie gehen Sie mit dem anhaltenden Widerstand gegen den Lehrplan 21 um?**

■ Ich stehe voll hinter dem Lehrplan 21 und ich bin überzeugt, dass die Zustimmung zum Lehrplan in nächster Zeit weiter zunehmen wird. Aktuell wird die Lehrplan-Diskussion ja vor allem auf kantonaler Ebene geführt, denn die Kantone entscheiden über die Einführung des Lehrplans 21. Bislang wurden in fünf Kantonen (AG, AI, BL, SH und TG) Initiativen klar abgelehnt, mit denen der Lehrplan 21 verhindert werden sollte.

## «ICH BIN ÜBERZEUGT, DASS DIE ZUSTIMMUNG ZUM LEHRPLAN 21 IN NÄCHSTER ZEIT WEITER ZUNEHMEN WIRD.»

**Die Berufsverbände bemängeln, dass die finanzielle Unterstützung der überbetrieblichen Kurse (K2) je nach Kanton sehr unterschiedlich ist. Kann hier die EDK harmonisierend Einfluss nehmen?**

■ Die Organisationen der Arbeitswelt OdA sind die Träger der überbetrieblichen Kurse. Die Kantone beteiligen sich an der Finanzierung. Koordinierend wirken von der Schweizerischen Berufsbildungssämter-Konferenz (SBBK) erarbeitete Grundlagen. Die SBBK ist eine Fachkonferenz der EDK. Demnach beteiligen sich alle

Kantone mit 20 Prozent an den Kosten der überbetrieblichen Kurse. Darüber hinaus ist es den Kantonen überlassen, die Träger zusätzlich zu unterstützen. Das macht zum Beispiel der Kanton Zürich, der zu diesem Zweck einen kantonalen Berufsbildungsfonds geschaffen hat.

## «ICH WÜNSCHE MIR FÜR MEINEN KANTON EINEN AUSBAU BEI DER BERUFSMATURITÄT.»

**Welches sind umgekehrt die Anliegen der EDK an die Berufsbildung?**

■ Ich finde, wir haben eine gut funktionierende und bewährte Verbundpartnerschaft zwischen Bund, Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt OdA. In diesem Verbund können wir Probleme angehen und finden gute Lösungen. Die Erwartung ist, dass sich alle Verbundpartner konstruktiv eingeben.

**Sprachregionale Unterschiede sind in der Berufsbildung oft schwierig zu meistern. Wie gehen Sie damit in der EDK um?**

■ Dazu muss man sagen, dass die Berufsbildung ein vom Bund in hohem Masse reglementierter Bereich ist. Dennoch darf und muss in unserem mehrsprachigen und föderalistisch organisierten Land selbstverständlich auch Raum bleiben, um kantonalen und sprachregionalen Unterschieden Rechnung tragen zu können. Die Berufsbildung ist in der Deutschschweiz traditionsgemäss stärker verankert als in der Westschweiz. Und: In der Westschweiz gibt es mehr schulisch organisierte berufliche Grundbildungen als in der

Deutschschweiz. Dennoch klappt die Umsetzung gut und solange das Resultat stimmt, ist das in Ordnung.

**Der Trend, dass Jugendliche und vor allem ihre Eltern den gymnasialen Weg wählen, bereitet den KMU Sorge. Sehen Sie hier Handlungsbedarf?**

■ Die gymnasiale Maturitätsquote liegt in der Schweiz seit mehr als zehn Jahren unverändert bei etwa 20 Prozent. Ich würde da also nicht von einem Trend Richtung Gymnasium sprechen. Die Berufsmaturität ist seit ihrer Einführung in den 1990er-Jahren kontinuierlich auf 15 Prozent gestiegen. Bei den Quoten zeigen sich aber auch die oben erwähnten Unterschiede zwischen der Deutschschweiz und der Westschweiz. In der Westschweiz ist die gymnasiale Maturitätsquote tendenziell höher als in der Deutschschweiz. Ich wünsche mir für meinen Kanton in erster Linie einen Ausbau bei der Berufsmaturität. Interview: Corinne Remund

### LINK

[www.silvia-steiner.ch](http://www.silvia-steiner.ch)

### EDK-GENERALSEKRETÄRIN

## Hardmeier folgt auf Ambühl

Die Nachfolgerin von EDK-Generalsekretär Hans Ambühl heisst Susanne Hardmeier. Die 44-jährige Juristin ist seit 2011 stellvertretende Generalsekretärin der EDK und leitet die Abteilung Planung und Prozesse im Generalsekretariat. Sie übernimmt die neue Funktion am kommenden 1. April. CR

### DIE MEINUNG

## Alternativen zur USR III – Gefahr für KMU?



Nationalrat  
Jean-François Rime,  
Präsident Schweizerischer  
Gewerbeverband sgV

Nach dem Scheitern der Unternehmenssteuerreform III am 12. Februar ist es nun am Bundesrat, Alternativen auszuarbeiten. Ob er dabei einen Plan B hat oder die Vorlage vom Grund auf neu konzipieren wird – die Sache bleibt spannend. Der Vorsteher des Finanzdepartements, Bundesrat Ueli Maurer, will noch im Jahr 2017 eine neue Vorlage parlaments- und mehrheitsfähig machen. Deshalb trägt dieses Projekt den kreativen Namen «Steuervorlage 17 (SV 17)». Nach ersten Anhörungen mit den Anspruchsgruppen scheinen zwei Alternativen zu bestehen. Eine erste basiert auf dem Paket USR III und redimensioniert dieses. Konkret: Das Paket wird soweit reduziert, bis es mehrheitsfähig wird. Eine zweite Variante würde eine von Grund auf neue Vorlage lancieren.

Bei beiden Alternativen entstehen nicht unbedeutende Risiken für die KMU. Das ursprüngliche, vom Volk abgelehnte Paket USR III hätte insgesamt eher Vorteile für die KMU gebracht. Aber jetzt meldet sich die Linke mit Anliegen, die alles andere als positiv sind: die Einführung einer Steuer auf Kapitalgewinne und die höhere Besteuerung der Dividenden. Die Einführung einer Steuer auf Kapitalgewinne würde die ganze Wirtschaft vereinigen. Alle Wirtschafttreibenden – inklusive und vor allem die Werke der Altersvorsorge – würden die neue Steuer vehement ablehnen. Alle wären gleich negativ betroffen. Bei der höheren Dividendenbesteuerung hingegen droht nichts weniger als eine Spaltung der Wirtschaft.

Dies aus einem einfachen Grund: Eine Seite – die KMU – trägt alle Lasten. Dividendenbesteuerungen greifen ab einem Anteil gehaltener Aktien ab zehn Prozent. Aktionärinnen und Aktionäre von KMU und inhabergeführten Unternehmen sind nicht primär Investoren, sie sind vor allem Unternehmerinnen und Unternehmer. Gerade diese Leute würden dann Steuern auf das gleiche Vermögen doppelt bezahlen. Einmal als Firma, einmal als Privatpersonen. Die höhere Besteuerung der Dividenden betrifft die KMU also ganz direkt.

Demgegenüber halten Portfolio-Aktionäre Beteiligungen an diversen Firmen, eben an einem Portfolio. Wegen der Diversifizierung sind sie von der Dividendenbesteuerung nicht betroffen. Schockierend, aber wahr: Die Linke schießt wieder einmal mit einer «One size fits all»-Regulierung auf KMU.

Halten wir uns vor Augen: Aktien-Halten ist nicht überall das Gleiche. Die Motivation des Portfolio-Aktionärs ist das Erwirtschaften von Rendite und die Risikodiversifizierung – nicht selten auch noch die Steueroptimierung. Die Unternehmer-Aktionärin hingegen nimmt unternehmerische Risiken auf sich. Sie will Produkte entwickeln und verkaufen, die Firma auf- und ausbauen und Investitionen darin tätigen. Ausgerechnet diese Tätigkeiten würden mit einer höheren Dividendenbesteuerung bestraft.

Sollte die neue oder überarbeitete Vorlage tatsächlich den Kantonen die Vorgabe machen, die Dividendenbesteuerung zu erhöhen, dann müssten die KMU wieder einmal die Zeche bezahlen. Deshalb setzt sich der Gewerbeverband dagegen ein. Und deshalb erwartet der sgV von den Kantonen mehr Transparenz über ihre Pläne, wie sie allfällige Instrumente einer SV17 umsetzen würden. Wer nun behauptet, eine höhere Dividendenbesteuerung hätte neutrale oder gar positive Auswirkungen auf die Wirtschaft, handelt fahrlässig, ja sogar grobfahrlässig. Er setzt die KMU der Gefahr aus, Steuern auf Arbeitsplätze, auf Investitionen und auf Produktivität zu bezahlen.